

GROSSE ISPA-WAHLBEFRAGUNG

DIE PARTEIEN UND DIE DIGITALISIERUNGSPOLITIK

Bei der bevorstehenden Nationalratswahl wird auch eines der zentralen Themen unserer Zeit verhandelt: die Digitalpolitik. In einer Ära, in der das Internet und die digitale Transformation alle Bereiche des Lebens durchdringen, wird die Gestaltung der digitalen Gegenwart und Zukunft zu einer der drängendsten Aufgaben der politischen Akteure. Die ISPA hat daher die im Nationalrat vertretenen Parteien zu einigen der wichtigsten Fragen der Branche befragt, um unseren Leser:innen einen besseren Einblick in deren Pläne und Prioritäten zu geben.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist dabei natürlich ein wesentliches Thema. Ein flächendeckender Zugang zu schnellem Internet ist nicht nur essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs, sondern auch für die Sicherstellung gleichberechtigter Teilhabe aller Bürger:innen an der digitalen Welt. Ein weiterer zentraler Aspekt ist der faire Wettbewerb und die Regulierung im digitalen Raum. Die Frage, wie ein Gleichgewicht zwischen großen und kleineren Unternehmen geschaffen werden kann, ist von großer Bedeutung. Hier geht es um Themen wie Marktregulierung und die Förderung von Innovationen.

Ebenso wichtig ist für die IKT-Branche die Ausbildung von Fachkräften. Österreich braucht allein 200.000 weitere bis 2030, um die Ziele der digitalen Dekade der EU-Kommission erfüllen zu können.

Aber nicht nur wirtschaftliche Fragen sind für die ISPA immer ein zentrales Anliegen gewesen, sondern auch der Schutz der Grundrechte im Internet, insbesonde-

re vor Überwachung, wie sie derzeit für Messengerdienste diskutiert wird. Und auch die Verteidigung liberaler Demokratien gegen Desinformation im digitalen Raum stellt eine besondere Herausforderung dar. Denn die Verbreitung von falschen Informationen und Fake News kann das Vertrauen in demokratische Prozesse untergraben und die gesellschaftliche Stabilität gefährden.

Zu diesen und vielen weiteren Fragen hatten die wahlwerbenden Parteien die Möglichkeit, ihre Vorstellungen darzulegen. Die Befragung der ISPA bietet somit einen umfassenden Einblick in die Digitalpolitik und zeigt, welche Wege sie jeweils für die Digitalisierung in Österreich einschlagen wollen.

Als Interessenvertretung der Internetwirtschaft werden wir auch nach der Wahl die Umsetzung der für die Branche nötigen Maßnahmen einmahnen, uns dabei konstruktiv einbringen und die Parteien an ihren Antworten und konkreten Taten messen.

Nun wünschen wir Ihnen aber viel Vergnügen beim Lesen!

FRAGE 1:

Was sind Ihre 3 Top-Prioritäten für die Digitalisierung in Österreich?

Die Volkspartei

- Steigerung der digitalen Kompetenzen über die gesamte Bevölkerung

re vor Überwachung, wie sie derzeit für Messengerdienste diskutiert wird. Und auch die Verteidigung liberaler Demokratien gegen Desinformation im digitalen Raum stellt eine besondere Herausforderung dar. Denn die Verbreitung von falschen Informationen und Fake News kann das Vertrauen in demokratische Prozesse untergraben und die gesellschaftliche Stabilität gefährden.

Zu diesen und vielen weiteren Fragen hatten die wahlwerbenden Parteien die Möglichkeit, ihre Vorstellungen darzulegen. Die Befragung der ISPA bietet somit einen umfassenden Einblick in die Digitalpolitik und zeigt, welche Wege sie jeweils für die Digitalisierung in Österreich einschlagen wollen.

Als Interessenvertretung der Internetwirtschaft werden wir auch nach der Wahl die Umsetzung der für die Branche nötigen Maßnahmen einmahnen, uns dabei konstruktiv einbringen und die Parteien an ihren Antworten und konkreten Taten messen.

Nun wünschen wir Ihnen aber viel Vergnügen beim Lesen!

FRAGE 1:

Was sind Ihre 3 Top-Prioritäten für die Digitalisierung in Österreich?

Die Volkspartei

- Steigerung der digitalen Kompetenzen über die gesamte Bevölkerung

- Österreich als Innovationstreiber in der Digitalisierung weiter stärken (Österreich als KI-Hotspot, eGovernment made in Austria als Benchmark in Europa und International und Unternehmen bei der Digitalen Transformation unterstützen)
- Flächendeckende Gigabit-Verfügbarkeit für die Chancengleichheit zwischen Stadt und Land

SPÖ

- Digitaler Humanismus: Der Mensch steht im Mittelpunkt. Technologie ist für die Menschen da und nicht umgekehrt.
- Die Demokratie stärken durch strengere Regulierung von Plattformen und Social Media.
- Künstliche Intelligenz für die Gesellschaft nutzbar machen und die demokratische Kontrolle künstlicher Intelligenz sicherstellen.

Außerdem ist der SPÖ die Stärkung Digitaler Souveränität wichtig, um die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit Europas zu sichern, sowie die Stärkung von Digital- und Medienkompetenz als Rüstzeug für das Digitalzeitalter.

Dazu haben wir auch in den 24 Ideen des „Herz und Hirn“-Plans die Forderungen der SPÖ formuliert: www.mit-herz-und-hirn.at

FPO

Die Digitalisierung ist ein zentraler Treiber für die wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Unsere drei Top-Prioritäten für die Digitalisierung sind:

- Bildung, Ausbildung und Weiterbildung
- Unterstützung der KMUs und Gemeinden
- Inklusive Digitalisierung und auch analoge Weg ermöglichen



Wir brauchen ein flächendeckendes, schnelles und zuverlässiges Internet. Daher müssen wir den Breitband-Ausbau fortsetzen bis ganz Österreich versorgt ist. Um für die Entwicklungen der Zukunft gut gerüstet zu sein, müssen wir die Digitalisierung, freie Software und Künstliche Intelligenz deutlich stärker fördern. Außerdem braucht es mehr heimisches Risikokapital von Investoren u.a. für die Grundlagenforschung und für Start-Ups im Bereich Digitalisierung und KI. Ein Schwerpunkt auf Open Source macht uns unabhängig von ausländischen BigTech-Konzernen. Besonders wichtig ist uns Grünen der Schutz von Grundrechten. Daher bekämpfen wir jegliche Massen-Überwachungspläne und treten für eine freie Gesellschaft, Datenschutz, Konsument:innenschutz und die Bekämpfung von Hass-Algorithmen ein.

NEOS

Unsere Prioritäten für die Digitalisierung in Österreich sind der Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Förderung digitaler Kompetenzen und eine Verwaltung, die Digitalisierung für weniger Bürokratie nutzt. Erstens ist ein flächendeckender Glasfaserausbau unerlässlich, um keine Regionen im Land abzuhängen. Zweitens müssen digitale Kompetenzen in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen gezielt gefördert werden, um die Bevölkerung auf die Herausforderungen der digitalen Zukunft vorzubereiten. Drittens ist es entscheidend, dass Digitalisierung für Entbürokratisierung genutzt wird, indem wir das bestehende Datenchaos ordnen und das Potenzial für Künstliche Intelligenz nutzen. Dabei sollte besonders auf Cybersicherheit und umfassende Bewusstseinsbildung geachtet werden.

FRAGE 2:

Welche Maßnahmen wollen Sie zu einer Förderung des festen und mobilen Breitbandausbaus ergreifen? Wie sehen Sie das Verhältnis von privatem und geförderten Ausbau?

Die Volkspartei

Gigabitfähiges Breitband ist aktuell für 70 Prozent der Haushalte verfügbar. Zudem besteht bei 95 Prozent der Haushalte eine Outdoor-Verfügbarkeit von 5G-Mobilfunk. Im Zuge der Initiative Breitband Austria 2020 stellt der Bund seit Mitte 2015 österreichweit eine Milliarde Euro an Förderungsmitteln – die sogenannte Breitbandmilliarde – für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur zur Verfügung. Mit rund 1,4 Milliarden Euro – der zweiten Breitbandmilliarde – hat die Bundesregierung das bis dato größte

Förderungsbudget für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Insgesamt profitieren von den Breitbandinitiativen über 567.000 Haushalte – mehr als 14 Prozent aller Haushalte Österreichs. Der geförderte Breitbandausbau findet damit in 1.600 der rund 2.100 österreichischen Gemeinden statt.

In der im August 2019 veröffentlichten Breitbandstrategie 2030 werden die Rahmenbedingungen für den österreichischen Weg in die Gigabit-Gesellschaft formuliert, auf deren Grundlage die zur Zielerreichung notwendigen privaten und öffentlichen Investitionen ermöglicht und koordiniert werden sollen. In einem seit über 25 Jahren liberalisierten Markt ist klar, dass die Investitionen in erster Linie durch den öffentlichen Sektor erfolgen müssen. Vor diesem Hintergrund bekennt sich die Bundesregierung zur integrierten Planung von fixem und mobilem Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur hin zu gigabitfähigen Netzen unter Einsatz von öffentlichen Mitteln in den von Marktversagen betroffenen Gebieten.

SPÖ

Außerhalb der gewinnbringenden städtischen Regionen (Ballungszentren) wird es weiterhin notwendig sein, den Ausbau der Infrastruktur mit staatlichen Mitteln zu fördern. Diesbezüglich müssen die Fördersummen den Ausbauzielen angepasst werden.

FPO

Eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur ist essenziell für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der österreichischen Wirtschaft. Dabei spielen sowohl der feste als auch der mobile Breitbandausbau eine entscheidende Rolle. Wir setzen auf private Investitionen als Haupttreiber des Breitbandausbaus. Der Wettbewerb unter privaten Anbietern fördert Innovation und Effizienz. Durch attraktive Rahmenbedingungen und regulatorische Sicherheit schaffen wir Anreize für Unternehmen, in den Breitbandausbau zu investieren. Kooperationen zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Stellen können zusätzlich Synergien schaffen und den Ausbau beschleunigen. Anstatt flächendeckende Subventionen für den Breitbandausbau bereitzustellen, konzentrieren wir öffentliche Fördermittel auf spezifische Bereiche wie Bildung, Ausbildung und Wei-

terbildung sowie die Unterstützung von KMUs und Gemeinden. Dies stärkt die digitale Kompetenz und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Öffentliche Mittel sollen gezielt dort eingesetzt werden, wo der private Ausbau aufgrund wirtschaftlicher Unrentabilität stockt, insbesondere in ländlichen und abgelegenen Regionen.



Breitbandnetze sind das Rückgrat für eine erfolgreiche Digitalisierung. Unter Grüner Regierungsbeteiligung wurde hier bereits in den vergangenen Jahren eine massive Förder-Initiative gestartet. Eines ist klar: Diese Förderung ist fortzusetzen, und zwar bis es in Österreich keinen Fleck mehr ohne Breitband-Internet gibt – auch im ländlichen Bereich. Dabei brauchen wir – regional angepasst – einen guten Mix aus mobilem und stationärem Breitbandnetz. Wir befürworten einen marktorientierten Netzausbau. Öffentliche Mittel sollen nur dort eingesetzt werden, wo sie unbedingt erforderlich sind – also insbesondere in Bereichen, in denen kaum Chancen bestehen, von privaten Investitionen abgedeckt zu werden.

NEOS

Es braucht beides. Zur Förderung des Breitbandausbaus setzen wir auf eine Kombination aus gezielten staatlichen Fördermaßnahmen und der Mobilisierung privater Investitionen. Öffentliche Förderungen sollten vor allem dort ansetzen, wo der Markt allein nicht aktiv werden kann, um auch ländliche und strukturschwache Regionen zu erschließen.

Der Fokus sollte unbedingt auf dem Glasfaserausbau liegen, da Österreich im EU-Vergleich eine sehr niedrige Take-up Rate hat. Hier sieht man auch leider, dass die bisherigen Förderungen nicht optimal ausgestaltet waren. Es nutzt wenig, wenn die Glasfaseranschlüsse nur bis zur Grundstücksgrenze gehen. Deshalb sollten alte Fördermodelle überdacht und optimiert werden.

FRAGE 3:

Welche Rolle soll die Regulierung spielen und wie soll der Wettbewerb zwischen kleinen und großen Unternehmen am Breitbandmarkt gestaltet werden?

Die Volkspartei

Der rechtliche Rahmen für die Regulierung im Bereich der Telekommunikation hat sich über Jahrzehnte hinweg entwickelt. Dieser Rahmen gibt der Regulierungsbehörde klare Vorgaben mit dem Ziel durch Förderung des Wettbewerbs im Bereich der elektronischen Kommunikation die Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit zuverlässigen, preiswerten, hochwertigen und innovativen Kommunikationsdienstleistungen zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen analysiert die Regulierungsbehörde die verschiedenen Märkte im Hinblick auf deren wettbewerbliche Entwicklungen und hat die Möglichkeit bei Vorliegen von Marktversagen die ihr rechtlich zukommenden Instrumente zur Beseitigung der Probleme zu nutzen.

SPÖ

Die Regulierung soll den Zugang aller Teilnehmer*innen auf Breitbandinfrastrukturen gewährleisten, diesbezüglich sind dort Maßnahmen zu treffen, wo zu hohe Nutzungsgebühren dies verhindern. Speziell im geförderten Bereich haben entsprechende Auflagen den Zugang zu gewährleisten.

FPO

Die Regulierung im Breitbandmarkt sollte auf das notwendige Mindestmaß beschränkt sein, um Innovation und Wettbewerb zu fördern. Dabei sind folgende ua. folgende Aspekte entscheidend: Die Regulierung sollte möglichst zentralisiert und von einer einzigen, spezialisierten Stelle übernommen werden. Dies schafft klare Verantwortlichkeiten und

vereinfacht die Prozesse für alle Beteiligten. Der Fokus sollte auf Beratung und Unterstützung der Unternehmen liegen, um Compliance zu gewährleisten und gleichzeitig Innovationshemmnisse zu vermeiden.



Regulierung ist dann nötig, wenn ein offensichtliches Marktversagen beim Breitband-Ausbau vorliegt. Regulierung ist weiter dann notwendig, wenn es darum geht, den Wettbewerb abzusichern. Wir halten es für wichtig, kleine lokale Anbieter neben den wenigen großen Playern zu erhalten. Keinesfalls sollte es zu einer Re-Monopolisierung kommen. Wesentlich ist Rechts- und Planungssicherheit für alle Marktteilnehmer – große wie kleine.

NEOS

Regulierung spielt eine entscheidende Rolle, um fairen und nachhaltigen Wettbewerb zwischen kleinen und großen Unternehmen sicherzustellen. Spätestens die notwendige Umsetzung der neuen Gigabit-Infrastrukturverordnung bietet eine Gelegenheit für die nächste Bundesregierung, den Wettbewerb im Breitbandmarkt genau zu untersuchen. Regulierungen müssen so gestaltet sein, dass echter Wettbewerb auf Serviceebene gewährleistet wird. Daher ist ein Regulator notwendig, der über die notwendigen Instrumente verfügt und entsprechende Maßnahmen auch durchsetzen kann. NEOS setzen sich dafür ein, dass der Zugang und Ausbau der Telekommunikations-Infrastruktur optimiert wird. Ziel ist es, einen fairen, produktiven und nachhaltigen Wettbewerb in Österreichs Telekommunikationsmarkt zu schaffen.

FRAGE 4:

Bei Online-Inhalten, die das Urheberrecht verletzen, können schon jetzt Netzsperrungen verhängt werden. Dabei gibt es aber immer die Gefahr, auch legale Inhalte zu blockieren. Bei der Sperre von Fake-Shops im Sinne des Konsumentenschutzes gibt es deshalb eine behördliche Vorab-Prüfung der Sperre. Fänden Sie die auch bei anderen illegalen Inhalten sinnvoll?

Die Volkspartei

Im Bereich des Telekommunikationsrechts hat bei allfälligen Netzsperrungen die Regulierungsbehörde zu prüfen, ob damit nicht gegen das Prinzip der Netzneutralität, resultierend aus unionsrechtlichen Vorgaben, verstoßen wird. Die Vorab-Prüfung der Sperre klingt grundsätzlich gut, ist aber immer auch vor dem technisch komplexen Hintergrund zu sehen. Dabei ist beispielsweise die





Löschung von Einträgen der betroffenen Seite aus den DNS-Servern anders zu bewerten als die direkte Sperre einer IP Adresse oder eine URL Sperre. Abgesehen von der Gefahr des Blockierens legaler Inhalte ist insgesamt auch das vielfältige Umgehungspotential zu beachten. Wichtig ist dabei, dass es für die Unternehmen, die die Sperre umsetzen müssen, hinreichend klar und rechts-sicher ist.

SPÖ

Die Gefahr von Overblocking ist real. Allerdings gibt es aktuell keine Möglichkeit, Plattformen als private Unternehmen dazu zu verpflichten, dass bestimmte (legale) Inhalte (Texte, Bilder, Videos etc.) aufscheinen. Im Unterschied zu Fake-Shops scheint eine behördliche Vorab-Prüfung bei Sperre oder Löschen zumindest von einzelnen geschützten Inhalten, die darüber hinaus auch oftmals automatisch erfolgen, aufgrund der großen Menge schwierig. Grundsätzlich wäre es jedoch begrüßenswert, die Entscheidung, ob etwas im Internet aufscheint oder nicht, nicht allein den Plattformen oder Providern zu überlassen.

FPO

Eine Vorab-Zensur lehne wir ab. Urheberrechtsverletzungen sind bereits gesetzlich ausreichend geregelt.



Generell stehen wir Netzsperrern sehr zurückhaltend gegenüber und halten eine gerichtliche/behördliche Anordnung für notwendig. Aus unserer Sicht kann es nicht Sache von Unternehmen sein, hier gerichtlichen Entscheidungen vorzugreifen. Problematisch an Netzsperrern ist deren Auswirkung auf das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und die Tatsache, dass sie oft auch legale Inhalte mitbetreffen. Schließlich kann die Sperre einer IP-Adresse auch in der Regel nicht zu einer nachhaltigen Beseitigung eines rechtswidrigen Angebots führen. Netzsperrern können daher immer nur eine „measure of last resort“ sein z.B. in Hochrisiko-Fällen, etwa bei Darstellungen von Kindesmissbrauch.



Eine behördliche Vorab-Prüfung könnte helfen, ungerechtfertigte Netzsperrern zu vermeiden, darf aber nicht in zu großer Bürokratie ausarten. Dennoch sollten Netzsperrern generell kritisch betrachtet werden, da sie die Freiheit der Bürger:innen einschränken können. Auf der anderen Seite braucht es natürlich effektive Prozesse, damit Urheber:innen sich gegen die missbräuchliche Verwendung ihrer Inhalte wehren können. Es braucht also einen guten Ausgleich zwischen effektiven Maßnahmen, um bei eindeutigen Verletzungen schnell reagieren zu können, und überbordenden Netzsperrern.

FRAGE 5:

Wie können österreichische IT-Unternehmen zu Weltmarktführern werden? Welche Maßnahmen planen Sie, damit wir in Europa hier nicht den Anschluss an die USA und China verlieren?

Die Volkspartei

Durch den AI Act, der sowohl den Schutz der Grundrechte als auch die Förderung von Innovationen berücksichtigt, kann ein Umfeld geschaffen werden, das verantwortungsvolle Fortschritte in der KI fördert und gleichzeitig die Werte einer demokratischen Gesellschaft aufrechterhält. Es ist entscheidend, dass sich Europa aktiv an der Gestaltung der globalen KI-Landschaft bzw. generell innerhalb der Digitalisierungslandschaft beteiligt und auch Standards festlegt – und das in allen Bereichen. Mit klaren, von uns entwickelten Regeln und deren wirkungsvollen Durchsetzung haben wir den Hebel unseres gemeinsamen Marktes in der Hand. Sowohl China als auch die USA können den europäischen Gemeinschaftsmarkt nicht ignorieren.

SPÖ

Der zentrale Schlüssel für innovative IT-Unternehmen sind gut ausgebildete Fachkräfte. Digitale Kompetenzen müssen sehr früh, strukturiert erworben werden. Schon in der Volksschule muss das beginnen und in einen gezielten Ausbau der MINT-Absolvent*innen münden. Oft werden innovative und erfolgreiche Start-ups im IKT-Bereich von größerem internationale IT-Giganten aufgekauft. Das lässt sich nur vermeiden, wenn es uns gelingt maßgeschneiderte Finanzierungsmöglichkeiten in der Wachstumsphase anzubieten. Da hat Österreich noch Aufholbedarf.

FPO

Um österreichische IT-Unternehmen zu Weltmarktführern zu machen, sind gezielte Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Innovation und internationale Zusammenarbeit erforderlich.



Wir müssen weg vom nationalstaatlichen Denken, hin



zu einem europäischen Denken. Dafür müssen wir uns auf europäischer Ebene gut vernetzen, um Synergien und Stärken nutzen zu können. Durch die Förderung europäischer und österreichischer Unternehmen, durch kartellrechtliche Maßnahmen aber auch durch ein klares Bekenntnis zu quelloffener Software (Open Source), zu offenen Schnittstellen und einer Vergemeinschaftung von digitalen Ressourcen (Open Data) können wir außereuropäischen BigTech Konzernen entgegen treten. Unser Ziel muss eine digitale Souveränität in Europa sein. Dabei ist auch wesentlich, wettbewerbsverzerrende Aktivitäten von Konzernen mit erheblicher Marktmacht gezielt und offensiv zu bekämpfen. Nur in einem fairen Wettbewerbsumfeld können österreichische Unternehmen reüssieren.



Wir müssen sowohl auf europäischer als auch nationaler Ebene unsere Hausaufgaben machen und unsere Wettbewerbsfähigkeit stärken. Auf europäischer Ebene muss sich die künftige Bundesregierung für eine Vertiefung des Binnenmarkts und die Kapitalmarktunion einsetzen, um mehr Kapital für Innovationen zu mobilisieren und günstige Energie sicherzustellen. National bedarf es einer deutlichen Senkung der hohen Abgabenlast auf Arbeit und erleichterter qualifizierter Zuwanderung. Zudem plädieren NEOS seit Jahren für eine Zukunftsquote von 25% des Budgets, um die Investitionen in Forschung und Entwicklung zu erhöhen.

Trotz hoher Forschungsquoten stagniert Österreich in den Rankings. Eine Erhöhung der Grundlagenforschung ist überfällig, um die Innovationskraft zu stärken und IT-Unternehmen den notwendigen Schub zu geben.

FRAGE 6:

Österreichs IKT-Wirtschaft leidet unter einem Mangel von Fachkräften, vom Breitbandausbau bis hin zur Cybersicherheit. Welche Maßnahmen wollen Sie für die Ausbildung von IKT-Fachkräften in Österreich, aber auch für deren Gewinnung im Ausland setzen?

Die Volkspartei

Wir sind uns des Fachkräftemangels in der österreichischen IKT-Wirtschaft bewusst und setzen auf eine Kombination aus inländischer Ausbildung und internationaler Anwerbung. Wir fördern die IKT-Bildung bereits in den Schulen und erweitern die Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen. Für Quereinsteiger bieten wir verstärkte Weiterbildungsmöglichkeiten. Zudem verbessern wir die Arbeitsbedingungen und investieren in Forschung und Innovation, um Österreich als attraktiven Arbeits- und Lebensstandort zu positionieren. Durch internationale Rekrutierungskampagnen und die Vereinfachung der Einwanderungsprozesse möchten wir qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland anziehen und integrieren. So wollen wir sicherstellen, dass die IKT-Wirtschaft in Österreich nachhaltig gestärkt wird.

SPÖ

Wir müssen dieses Problem schon sehr früh – nämlich in der schulischen Ausbildung – lösen. Künftige Fachkräfte fallen nicht vom Himmel. Sie sind ein Ergebnis von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Österreich hat mit der dualen Ausbildung gute Erfahrungen gemacht. Die Lehre hat dazu beigetragen, dass wir in einzelnen Branchen Spitzenfachkräfte haben, die am Weltmarkt sehr gefragt sind. Wir müssen diese Erfahrungen – wenn auch nicht 1:1 – auch für den IKT-Bereich nutzen. Eine Aufwertung des MINT-Bereichs bis hin zu mehr Abschlüssen wird nötig sein. Österreich ist ein Land mit hoher Standortqualität und bei vielen Fachkräften aus dem Ausland sehr beliebt.

Es wird aber wichtig sein, Cluster zu schaffen, um Menschen aus dem Ausland langfristige Perspektiven zu bieten.

FPO

Förderung der MINT-Fähigkeiten (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) bereits in der Schule. Es gilt, die „Angst“ vor Mathematik zu nehmen und Lehrer so auszubilden, dass sie über entsprechendes Fachwissen verfügen und die Schüler begeistern können. Mehr Engagement der Wirtschaft und tertiärer Bildungseinrichtungen in der schulischen Ausbildung fördern, einschließlich sinnvoller „IT-Unterricht“ und praxisorientierter Projekte



Wir Grüne haben während unserer Regierungsbeteiligung bereits erste wichtige Impulse gesetzt, insbesondere mit dem neuen Schulfach digitale Grundbildung. Neben dem Ausbau fachspezifischer Ausbildungen, insbesondere auch den Lehrlingsausbildungen im IT-Bereich, sind IKT-Themen verstärkt in allen Schulformen einzubinden. Dazu ist auch eine entsprechende Fortbildung aller Lehrpersonen und natürlich eine moderne IT-Ausstattung an Schulen erforderlich. Es ist absehbar, dass wir den Fachkräfte-Bedarf nicht allein durch österreichischen Nachwuchs abdecken werden können. Wir müssen somit auch IKT-Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen. Deshalb braucht es auch eine vernünftige Migrationspolitik. Denn Populismus, Hass und Ausgrenzung werden uns im Wettbewerb um diese Fachkräfte weiter zurückwerfen.

NEOS

Zur Ausbildung von IKT-Fachkräften in Österreich setzen wir auf den Erwerb digitaler Kompetenzen in alle Bildungsstufen, von der Grundschule bis zur Universität. Weiterbildungen und Umschulungsprogramme sollen gezielt gefördert werden, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Für die Gewinnung internationaler Talente müssen Einwanderungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden.

Eine deutliche Senkung der rekordhohen Steuern auf Arbeit und attraktive Arbeitsbedingungen sind ebenfalls nötig. Leider wurde die neue Mitarbeiterbeteiligung schlecht umgesetzt, da sie jetzt bereits schlechter ist als in anderen europäischen Staaten. Es braucht ein wettbewerbsfähiges, attraktives Angebot für internationale Spitzenkräfte.

FRAGE 7:

Wie sollten westliche Demokratien den gegen sie gerichteten Desinformationskampagnen begegnen, insbesondere vor Wahlen?

Die Volkspartei

Der Schlüssel für einen aufgeklärten Umgang mit neuen Technologien, Sozialen Medien und Informationsplattformen liegt in der Verfügbarkeit entsprechender digitaler Kompetenzen in der Bevölkerung, wenn es beispielsweise um das Erkennen von Falschinformationen im Netz geht. Hier setzt die Digitale Kompetenzoffensive, kurz DKO an, mit dem Ziel, den Menschen zu vermitteln, dass die Digitalisierung keine Zauberei ist, sondern letztendlich auf Mathematik basiert und dazu dient, ihnen das Leben zu erleichtern. Als „Sofortmaßnahme“ wurde im Rahmen der DKO das Workshop-Programm „Digital Überall“ gestartet. Insgesamt werden österreichweit 4.500 Workshops angeboten, bei denen niederschwellig digitale Basis-Skills u.a. in den Bereichen Digitalisierung, Sicherheit und Fake News vermittelt werden.

SPÖ

In Österreich wurde bereits bei der EU-Wahl im BKA eine Stabsstelle eingerichtet, die eventuelle Desinformation im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wahl gezielt bekämpfen und richtigstellen soll. Sollte dies auf Dauer etabliert werden, wäre eine gewisse Unabhängigkeit dieser Einrichtung zu wünschen, auch Expert*innen sollten beigegeben werden. Über mögliche weitere Desinformationen durch gefakte Umfragen würde ein Verbot der Veröffentlichung von Umfragen in einem gewissen Zeitraum vor der Wahl nützlich sein, dass dies natürlich über die neuen Medien umgangen werden kann, müsste bereits im rechtlichen Design berücksichtigt werden. Ganz generell sollten sich sowohl die Politik aber auch die Medien auch darüber klar werden,

wie sie auch außerhalb von Wahlzeiten die Bürger*innen vor Desinformationen schützt. Desinformationen hören nicht auf, wenn eine Wahl geschlagen ist.

FPO

Nicht durch Zensur! Desinformationskampagnen sind kein neues Phänomen, sondern existieren schon seit jeher. Wichtig ist es, anstatt ständig die Digitalisierung zu verteufeln, ihre Chancen zu nutzen. Dank der Digitalisierung gibt es keine Meinungsmonopole mehr.



Wir Grüne stehen für ein breites Bündel an Maßnahmen, um gegen demokratiefeindliche Meinungsmanipulation und Fake-Informationen vorzugehen: Die EU-Kommission muss die Möglichkeiten, die der Digital Services Act ihr gegenüber Plattformen wie TikTok, Meta, Youtube, X, etc. einräumt, ausschöpfen und manipulative Algorithmen bekämpfen. Die europäischen Regulierungen, auch der AI Act, müssen voll genutzt, evaluiert und falls nötig nachgeschärft werden.

Gleichzeitig müssen wir Medien, die ihrer Verantwortung zur journalistischen Sorgfalt nachkommen, mit einer gezielten, nachvollziehbaren Förderung stärken. Wichtige Schritte haben wir hier bereits gesetzt. Mit einer breit angelegten Bildungs-Offensive müssen wir unsere Bevölkerung gegen Beeinflussung durch Fake-Informationen „immunisieren“.

NEOS

Demokratien müssen wehrhaft sein und bleiben - besonders gegen gezielte Desinformationskampagnen und Wahlbeeinflussung. Die EU hat hier nun deutlich schärfere Instrumente in die Hand bekommen. Ein wichtiger nationaler Schritt ist eine eigene Abteilung gegen Desinformation, wie es sie auch in Schweden gibt. Diese ist staatlich und wurde speziell gegründet, um Fake-News-Aktionen entgegenzutreten. In dieser Stelle sollen sich unabhängige Expert:innen des Themas Desinformation annehmen. Dazu gehört u. a.: gezielte Strategien entwickeln, Akteur:innen, NGOs und politische Entscheidungsträger:innen miteinander zu vernetzen, Medienkompetenzvermittlung zu koordinieren. Wichtig ist dabei, dass diese Abteilung mit einer gesicherten Finanzierung unabhängig arbeiten kann.

FRAGE 8:

Wie stehen Sie zur diskutierten Überwachung von Messengerdiensten und wo sehen Sie die Balance mit dem Schutz der Grundrechte, den sowohl die Judikatur des VfGH als auch das europäische Recht verlangen?

Die Volkspartei

Bereits jetzt darf die Polizei nach richterlicher Anordnung Telefone und SMS überwachen. Schwere kriminelle nutzen selbstverständlich auch das Internet und Messengerdienste. Die österreichische Polizei und der Verfassungsschutz darf derzeit weder Metadaten (wer mit wem wann wie lange Kontakt hatte) noch Inhaltsdaten auswerten.

Österreich ist das einzige Land in Mitteleuropa, in dem die Polizei diese Befugnisse nicht hat. Zur Verhinderung schwerer Straftaten sind diese erweiterten Befugnisse – nach richterlicher Genehmigung – aber für moderne Polizeiarbeit unabdingbar. Es geht nicht um Massenüberwachung, sondern darum, terroristische Attacken zu verhindern und schwere Straftaten im Bereich der organisierten Kriminalität leichter aufklären zu können.

SPÖ

Die SPÖ ist gegen die anlasslose Überwachung von Messengerdiensten und sieht hier das Grundrecht auf Achtung des Privat- und Familienlebens gefährdet. Dazu gibt es auch einen von der SPÖ mitinitiierten Beschluss im EU-Unterausschuss des Nationalrates, der für die Bundesregierung bindend ist: EU-Unterausschuss äußert Grundrechtsbedenken zu Kommissionsvorschlag (PK1226/03.11.2022) | Parlament Österreich

FPO

Die FPÖ ist gegen flächendeckende Überwachung von Messengerdiensten.



Wir Grünen lehnen eine anlasslose Überwachung von Messengerdiensten ab. Sowohl der VfGH als auch der EGMR haben hier ganz klar Stellung bezogen: So eine Massenüberwachung ist weder mit den Grundrechten

vereinbar, noch in einer freien, demokratischen Gesellschaft erforderlich. Unser zentrales Anliegen ist es, die vielfältigen Bestrebungen zur Massenüberwachung zu verhindern – egal ob Bundestrojaner, Chat-Kontrolle oder Echtzeit-Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Gerade im KI Act wird Mitgliedstaaten ein Spielraum bei der Umsetzung von sogenannter „biometrischer Echtzeit-Fernidentifizierung“ (also öffentliche Massen-Video-Überwachung) eingeräumt. Wir Grüne treten klar für ein Verbot so einer Massenüberwachung ein.

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Für uns NEOS hat der Schutz der Persönlichkeitsrechte oberste Priorität und wir setzen uns entschieden gegen überbordende Überwachungsmaßnahmen ein. Solche Maßnahmen stellen einen massiven Eingriff in die Privatsphäre der Bürger:innen dar und sind mit den Grundsätzen einer liberalen Demokratie unvereinbar. In Bezug auf die Überwachung von Messengerdiensten sind sich Expert:innen einig, dass es technisch nicht möglich ist, diese Dienste zu überwachen, ohne auf das gesamte System zuzugreifen. Hier muss auch auf das Urteil des Verfassungsgerichtshofs gegen den „Bundestrojaner“ aus dem Jahr 2019 verwiesen werden, in dem dieser für verfassungswidrig erklärt wurde. Überwachungsmaßnahmen müssen stets auf einem spezifischen, begründeten und individuellen Verdacht basieren und dürfen keinesfalls dazu eingesetzt werden, die gesamte individuelle Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger zu überwachen. Es darf auch niemals im Sinne des Rechtsstaates sein, dass Sicherheitslücken bewusst offengelassen werden, da diese vorwiegend von Kriminellen ausgenutzt werden können.

FRAGE 9:

Welche Rolle soll das Internet in Österreich haben und wie wollen Sie die digitale Wirtschaft fördern?

Die Volkspartei

Laut einer aktuellen Statistik Austria Studie („IKT-Einsatz in Haushalten 2022“) verfügen neun von zehn Haushalten in Österreich über einen Internetzugang. Aus diesem Grund kann auf eine stark

verbreitete Nutzung des Internets in der österreichischen Bevölkerung geschlossen werden, die eine Basis für die Nutzung von weiteren Informations- und Kommunikationstechnologien darstellt. Die Förderung der digitalen Wirtschaft ist essentiell für das Weiterkommen des Wirtschaftsstandortes Österreich. Wirtschaft ohne Digitalisierung funktioniert nicht mehr. Ein Standort ohne leistungsstarke digitale Infrastruktur kann sich nicht erfolgreich entwickeln. Ziele sind die Verbesserung bestehender Rahmenbedingungen, um digitale Innovation und Technologietransfer zu ermöglichen.

SPÖ

Generell will die SPÖ die Abhängigkeit von Online-Monopolisten im Sinne Digitaler Souveränität reduzieren und eine eigenständige und ganzheitliche Regulierung des digitalen Raums sowie eine Strategie für ein unabhängiges und digital souveränes Europa schaffen. Wir fördern daher österreichische und europäische Software-Entwickler*innen und setzen Initiativen für eine unabhängige digitale Infrastruktur. Wir investieren in Forschung und Entwicklung und setzen auf die Verwendung von Open Source und Open Access Produkten. Außerdem setzen wir auf die duale Ausbildung und darauf, Fachkräfte offensiv auszubilden und in Österreich zu halten – siehe Beantwortung der 6. Frage.

FPO

Die Wirtschaft, einschließlich aller Arbeitnehmer, benötigt eine gezielte steuerliche und bürokratische Entlastung. Es ist essenziell, dass Unternehmen und ihre Beschäftigten nicht gegeneinander ausgespielt werden,

sondern gemeinsam profitieren – sei es in der „digitalen Wirtschaft“ oder der „analogen Wirtschaft“.



Die Digitalisierung verändert das tägliche Leben von Menschen laufend und grundlegend. Wir sind mitten in einer gesellschaftlichen Revolution. Hier gilt es, Chancen für den Wirtschaftsstandort Österreich zu ergreifen, zu fördern und Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir müssen die Bevölkerung mitnehmen und mit Bildungsoffensiven für die laufenden Umbrüche stärken. Wesentlich ist, unsere demokratischen Grundwerte zu wahren. Bei Social Media wurde relativ naiv von einer Demokratisierung der Kommunikation und von Selbstregulierung ausgegangen. Das war ein Irrtum. Wichtig ist, diesen Fehler bei künstlicher Intelligenz nicht zu wiederholen. Mit dem AI Act haben wir klare Rahmenbedingungen – auch für die Förderung der Wirtschaft, etwa durch Reallabore und eine Begünstigung von Open Source.

NEOS Freiheit Fortschritt Gerechtigkeit

Eine leistungsfähige Internetinfrastruktur ist essenziell für Österreichs Zukunft. NEOS setzen sich für einen flächendeckenden Glasfaserausbau ein, damit alle Bürger:innen und Unternehmen Zugang zu schnellem und zuverlässigem Internet haben. Gerade durch die Zunahme von KI-Anwendungen wird ein leistungsfähiges Internet benötigt. Unser Ziel ist es, Österreich zu einem führenden Standort für digitale Innovationen und eine wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft zu machen. Der Staat muss klug investieren (Zukunftquote) und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass innovative Unternehmen entstehen und bleiben können. Die nächste Regierung muss mit ambitionierten Reformen den Rückstand aufholen und Österreich zu den innovativsten Standorten weltweit machen, auch wenn sich die nationale Umsetzung in Österreich verzögern sollte. ■

